

Offener Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz & Vizekanzler Lars Klingbeil: Solidarität nicht kaputtsparen!

Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Klingbeil,

wir fordern Sie dringend auf, die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nach den Kürzungen der vergangenen Jahre im Bundeshaushalt 2027 wieder zu erhöhen, statt weitere Kürzungen vorzunehmen.

In unserer Zeit, die von Krisen, Konflikten und zunehmenden Angriffen auf Frauenrechte geprägt ist, treffen die geplanten finanziellen Einschnitte vor allem diejenigen, die dringend unsere Solidarität und Unterstützung benötigen: Frauen, Mädchen und queere Menschen.

In jedem vierten Land der Welt sind Frauen- und Mädchenrechte bedroht. Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt gegen queere Menschen nehmen weltweit zu. Alle zwei Minuten stirbt eine Frau an den Folgen von Schwangerschaft oder Geburt. Fast 700 Millionen Frauen leben in Konfliktregionen. Die Zahl ziviler Opfer unter Frauen und Kindern hat sich in den letzten beiden Jahren vervierfacht.

Jetzt bei internationaler Solidarität zu kürzen, befeuert Armut, Hunger und Ungleichheit. Die Kürzungen in der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe kosten Menschenleben: Bis zum Ende des Jahrzehnts könnten zusätzlich bis zu 22,5 Millionen Menschen an fehlender medizinischer Versorgung, Mangelernährung und den Folgen von Krisen sterben. Die Zahl der Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren wird auf knapp fünf Millionen jährlich ansteigen. Acht Millionen Kinder könnten durch die Kürzungen den Zugang zu Bildung verlieren. Frauenrechtsorganisationen, die Beratung und Schutz vor geschlechts-spezifischer Gewalt bieten und sich für die Rechte von Frauen und queeren Personen einsetzen, müssten ihre Arbeit einschränken oder schließen. Kürzungen bei der Unterstützung einkommensschwacher Länder bei der Bewältigung der Klimakrise werden dazu führen, dass Frauen und Mädchen verstärkt unter den Folgen von Ernteaufällen und hitzebedingten Gesundheitsrisiken leiden werden.

Gerade in Zeiten knapper Haushaltskassen zeigt sich, welche Prioritäten Politik setzt. Bei den Ärmsten zu sparen, statt Milliardär*innen stärker in die Pflicht zu nehmen und damit zusätzlichen finanziellen Spielraum im Haushalt zu schaffen, ist ungerecht und gefährdet Menschenleben.

Wir fordern Sie deshalb nachdrücklich auf: **Stoppen Sie die geplanten Kürzungen und investieren Sie in humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit! Stärken Sie Gleichberechtigung und Frauenrechte, damit Mädchen weltweit zur Schule gehen können, Frauen und queere Personen selbstbestimmt leben und Schwangere auch in Flüchtlingscamps medizinisch versorgt werden!** Starke Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe retten Leben und schaffen Geschlechtergerechtigkeit weltweit.

Erstunterzeichner*innen des offenen Briefs



Weitere unterzeichnende Organisationen:

- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
- Plan International Deutschland e.V.
- TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e. V.
- Weltgebetstag der Frauen - Deutsches Komitee e. V.
- arche noVa - Initiative für Menschen in Not e.V.
- Aktion gegen den Hunger
- AMICA e.V.
- Fairtrade Deutschland e.V.
- International Rescue Committee (IRC) Deutschland gGmbH
- Women for Women International (DE) gGmbH
- nuruWomen e.V.

Künstler*innen und Aktivist*innen

- Yaenniver, Musikerin
- Ninia LaGrande, Moderatorin & Autorin
- Dr. Mertcan Usluer, Wissenschaftsjournalist & Content Creator
- Onejiru Arfmann, Gründerin & Creative Director, FUTURE FEMALE AFRICA; Initiator & Curator, Afro-Futuristic Convention (AFC)
- Sara Nuru, Co-Gründerin von nuruWomen e.V.
- Madeleine Darya Alizadeh, Autorin und Unternehmerin
- Ole Plogstedt, Oxfam Kampagnenbotschafter
- Louisa Schneider, Klimajournalistin & Moderatorin